

Für die
VOLKSMACHT

Früher: „Der Kommunist"

Dezember 1970
Nummer 46

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

„Kleine Wahlreform" im großen Volksbetrug

"Es soll ja kein Wahlrecht des Jahrhunderts werden", sagte ein sozialistischer Nationalratsabgeordneter zur "Mini"-Reform des Wahlrechts - beschlossen von SPÖ und FPÖ. Und "es wird, steht zu fürchten, nicht einmal eines des Jahrzehnts sein", fügte Chorherr in der Kapitalistenzeitung "Die Presse" hinzu (21./22. Nov.). Ist der Redakteur der "Presse" ein Hellseher oder formulierte er diesen Satz vielleicht aus seinem Empfinden heraus? Natürlich nicht. Was in dieser Zeitung steht, bringt die Interessen der in Österreich herrschenden Großindustriellen zum Ausdruck. Und es ist nun einmal so: Wer herrscht, der bestimmt! Mag da im Zusammenhang mit der Regierungsübernahme durch die SPÖ noch so viel geredet worden sein, von einer "Einschränkung der Macht des Kapitals", von "mehr Einfluß der arbeitenden Menschen" usw., die Tatsache bleibt bestehen, daß eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung unseres Landes, die Milliarden besitzen, die uneingeschränkte Macht ausübt.

Wiederholt haben wir in unserer Zeitung festgestellt, daß das Großkapital bestrebt ist, seine Herrschaft mittels ihrer Betrugsmanöver von "Demokratie", "Mitbestimmung", Parlamentarismus" etc. aufrechtzuerhalten, weil die nackte, faschistische Gewalt, zu der es anderenfalls zu greifen gezwungen ist, natürlich den verstärkten Widerstand der Volksmassen mit sich bringt. Davor hat der Kapitalismus Angst, denn ein verstärkter Kampf der arbeitenden Menschen gegen die Ausbeuter bedeutet, dem endgültigen Untergang des Kapitalismus Schritt um Schritt näherzukommen.

Als Ideallösung, um ihre Herrschaft durch Betrug aufrechterhalten zu können, erscheint den österreichischen Millionären ein Wahlsystem, das es ermöglicht, eine absolut "arbeitsfähige" - für die Interessen der Millionäre arbeitsfähige - Regierung zu bilden; gleichzeitig muß aber auch eine starke "Opposition" vorhanden sein, die "schärfstens" gegen die Regierungspolitik "im Interesse" der gefoppten, geneppten, unterdrückten arbeitenden Menschen "Stellung nimmt". Kurz gesagt, soll es wie in Amerika und England sein, wo zwei Parteien abwechselnd "Regierung" und "Opposition" spielen, beide Parteien aber ausschließlich im Interesse der Monopolisten arbeiten, Parteien des Monopolkapitals sind.

In Österreich haben wir bereits die beiden Parteien des Monopolkapitals. Es sind dies ÖVP und SPÖ. (Natürlich gehört dazu auch die FPÖ, deren Existenz im Betrugsspiel der Monopolisten in Zukunft eher stört, die aber gerade

jetzt zur Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals brauchbar verwendet werden kann, weil einerseits noch nicht alle Voraussetzungen zum Zwei-Parteien-System erfüllt, andererseits die kapitalistischen Widersprüche innerhalb der ÖVP noch nicht endgültig im Sinne der Großindustriellen gelöst sind.) Was in Österreich noch fehlt, ist ein Wahlgesetz, das die Durchführung dieser Betrugspolitik garantiert. Daher "fürchtet" Chorherr nicht, sondern er schreibt völlig überzeugt, daß die "kleine" Wahlreform nicht von langer Dauer sein wird; er weiß nämlich genau wie die Dinge liegen. Sein Bedauern - ausgesprochen im Namen der Mautner-Markhof, der Schöller und Co., gilt nur der Tatsache, daß noch zugewartet werden muß. Sein Wink (oder Drohung, wie man will) mit dem Verfassungsgerichtshof "mahnt" schon jetzt zur "großen" Wahlrechtsreform, die das geschilderte Wahlsystem bringen soll.

Wenn sie auch eine verzögernde Wirkung mit sich bringt, so ziehen die Kapitalisten auch aus der "kleinen" Wahlreform ihre Vorteile. Erstens wurde dadurch die Annahme des Budgets für 1971 ohne langes Theaterspielen ermöglicht, weil die FPÖ damit gekauft wurde. Die FPÖ rechnet sich - theoretisch - bessere und mehr Mandats-Chancen für die Zukunft aus, ihre "Mitschuld" an der Ausplünderung der arbeitenden Menschen durch das kommende Budget schadet ihr aber praktisch viel mehr. So kann sich also eine auf "Vordermann" gebrachte ÖVP in den Glorienschein der "reinen Opposition" hüllen. Zweitens aber - und das ist der herrschenden Klasse sehr am Herzen gelegen - soll die rapid steigende Tendenz des aktiven Wahlboykotts aufgehalten werden.

Jedes noch so schöne Wahlgesetz ist für die Katz', wenn den Wählermassen bewußt ist, daß der Parlamentarismus nur zur Tarnung der Diktatur des Kapitals verwendet wird. Gerade diese Erkenntnis setzt sich aber in Österreich in zunehmenden Maße durch, wie die letzten Nationalratswahlen bewiesen haben. Daher ist es äußerst wichtig für die herrschende Klasse, daß der Glaube an den "demokratischen Volksentscheid" aufrechterhalten bleibt, umsomehr als ja durchaus nicht gesagt ist, daß die von der SP-Regierungspolitik enttäuschten Arbeiter - wie gewünscht - zur "ÖVP-Opposition" wechseln werden. Für diese will die Bourgeoisie auf jeden Fall ein Auffangbecken vorhanden wissen, das eine revolutionäre Entwicklung verhindern soll. Dieses Auffangbecken stellt heute für die Kapitalisten in unserem Land die "K"PÖ dar, deren parlamentarischer Kretinismus und programmierter "friedlicher" - sprich: parlamentarischer - Weg (daher auch unmöglicher Weg) zum Sozialismus Gewähr genug für sie ist. Und die revisionistische "K"PÖ-Führung hat sich auch prompt wieder "Chancen" ausgerechnet; man müsse nur "alle Kraft" einsetzen, um die von den Kapitalisten so gefürchteten Wahlboykottierer wieder vor den verfahrenen Karren zu spannen....

So schließt sich der Kreis zum (Eier) Tanz, der mittels eines riesigen Betrugs die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrückung garantieren soll. Die Monopolisten ziehen die Fäden, und gemeinsam agieren SPÖ, ÖVP, FPÖ und "K"PÖ als Vollstreckungsgehilfen.

Diesen Betrug durchschauen und sich zum revolutionären Weg entschließn, das ist der Ausweg.

An die Leser

Heute erhaltet Ihr zum erstenmal das Zentralorgan der VRA unter dem neuen Titel "Für die Volksmacht". Warum haben wir uns nach mehrmonatiger, recht lebhafter Diskussion gerade für diesen Titel entschieden? Wenn der Kommunismus das Endziel der revolutionären Arbeiterbewegung ist, so ist die Volksmacht (die Diktatur des Proletarieats ihr Nahziel.

Volksmacht heißt, daß die Staatsgewalt nicht mehr der kleinen Minderheit von kapitalistischen Ausbeutern dient, sondern der riesigen Mehrheit von Arbeitern, Angestellten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und werktätigen Intellektuellen.

Volksmacht heißt daher, daß der Machtapparat des kapitalistischen Staates (Bundesheer, Polizei, Gendarmerie usw.) zerschlagen und eine umfassende Volksmiliz gebildet wird, die in den Betrieben bzw. Dorfgemeinden ihre Ausgangs- und Stützpunkte hat und die Sicherheit der Bevölkerung im Innern sowie die Unabhängigkeit der Nation nach außen schützt.

Volksmacht heißt ferner, daß an die Stelle eines Schwindelparlaments, das nicht die Interessen der Arbeitenden vertritt und in Wirklichkeit überhaupt nichts zu entscheiden hat (denn im kapitalistischen Staat entscheiden die mächtigsten Monopole mit Hilfe der unabsetzbaren hohen Bürokratie), eine echte

➡

Volksvertretung nach der Art der Pariser Kommune tritt: die arbeitenden Menschen stimmen nicht über von Parteisekretariaten zusammengestoppelte Listen ab, sondern sie wählen in geheimer Wahl Vertrauenspersonen aus ihrer Mitte; gesetzgebende und vollziehende Gewalt sind vereint, d.h. die gewählten Abgeordneten sind auch für die Durchführung der Gesetze unmittelbar verantwortlich; die Abgeordneten stehen unter ständiger Kontrolle ihrer Wähler, denen sie regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen und von denensie auch vorzeitig abberufen werden können, falls sie das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigen; die Abgeordneten genießen keine Politikerprivilegien, sondern beziehen den gleichen Arbeitslohn wie vor ihrer Wahl.

Volksmacht bedeutet schließlich Sozialismus: sämtliche privat- und staatskapitalistische Unternehmungen gehen in das Eigentum des ganzen Volkes über und werden von der Volksvertretung (im Kommunal-, Bezirks-, Landes- oder Bundesmaßstab)verwaltet; Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden sowie den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Landland wird ein allmählicher Übergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise auf einer streng freiwilligen Grundlage ermöglicht und erleichtert.

Für eine solche Volksmacht treten wir ein. Deshalb bereitet die VRA (M-L) durch ihre ganze Tätigkeit die Schaffung einer marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiterpartei vor, unter deren Führung die Arbeiterklasse und alle Werktätigen Österreichs ihre Volksmacht erkämpfen werden.

Die Unheilbaren

"Parlamentarischen Kretinismus" oder "parlamentarischen Idiotismus" nannte Marx die Einbildung der kleinbürgerlichen Demokraten von 1848 bzw. -später- der opportunistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie, ihr Auftreten im "hohen Haus" wäre wichtigstes politisches Geschehen. Lenin zeigte unzählige Male, daß die Abkehr von den revolutionären Grundsätzen des Marxismus zwangsläufig zum parlamentarischen Kretinismus führt. Doch wohl nie zuvor ergab diese "unheilbare Krankheit" (Engels) ein so schauriges Bild wie bei den modernen Revisionisten in Österreich.

Das Pol.Büro der "K"PÖ verkündete am 28. November mit tierischem Ernst, die "kleine Wahlreform" bedeute "eine Änderung der politischen Situation in Österreich"! Die politische Situation werde also nicht durch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und durch den Klassenkampf bestimmt, sondern durch eine ausgepackelte Vergrößerung der Wahlkreise und der Mandatszahl! Ist das nicht offenkundigster Schwachsinn?

Die Begründung für diese absurde Behauptung ist noch grotesker: Jetzt sei nämlich die "reale Möglichkeit gegeben", daß "Sprecher" der Revisionisten im Nationalrat einen "energischen Kampf aufnehmen" und dadurch "die außerparlamentarischen Bewegungen.... wesentlich anspornen und beleben"!

Bekanntlich jammert die herrschende Kapitalistenklasse seit Jahr und Tag darüber, daß der Bevölkerung unseres Landes das Geschwätz im Parlament stagelgrün aufliegt, und versucht durch allerhand Mätzchen wie "Fragestunden", Fernsehübertragungen, künstlichen Theaterdonner usw. ein Interesse für das Parlament zu wecken, wo bekanntlich nichts gesagt wird, was man nicht auch in den Zeitungen lesen und im Radio hören könnte, und wo seit 25Jahren nichts geschieht, was nicht schon vorher hinter den Kulissen ausgeschnapst worden wäre. Die Revisionisten, die seit gut einem Jahrzehnt auch nicht die geringste Kampfaktion der Arbeiterschaft eingeleitet haben, sondern eine solche stets vom guten Willen der ÖGB-Bonzen abhängig machen, werden, wenn sie an diesen "guten Willen" von der Parlamentstribüne aus appellieren, ebensowenig "außerparlamentarische Bewegungen anspornen" wie bisher.

Parlamentarischer Kretinismus oder Idiotismus kann aber auch zur Lumperei werden, wenn er dazu führt, das Andenken antifaschistischer Märtyrer zu beschmutzen. Am 3. Dezember behauptete die "Volksstimme", für die "demokratische Einrichtung" des Parlaments hätten "viele tausende Österreichen ihr Leben gegeben". In Wirklichkeit kämpften, litten und starben viele tausende österreichische Kommunisten und Sozialisten nicht für das Wiedererstehen einer Bourgeois-Republik, die abermals droht, uns Faschismus und Krieg zu bescheren, sondern dafür, daß mit dem Faschismus auch der Kapitalismus zu Grabe getragen wird, daß im unabhängigen Österreich die sozialistische Revolution siegt!

Chinas UNO-Sitz und die Lügenpresse

Im Zusammenhang mit den jüngsten Presseskandalen schrieb "AZ"-Chef Manfred Scheuch, er wolle seinen Lesern "durch bessere Information mehr Mitbestimmung in allen Bereichen ermöglichen". Wie es um die "bessere Information" der "AZ"-Leser und daher um ihre "Möglichkeit zur Mitbestimmung" bestellt ist, zeigte dasselbe Blatt an der gleichen Stelle vier Tage früher, als es schrieb, es wäre "eine Zweidrittelmehrheit für die Aufnahme Pekings in die UNO notwendig gewesen".

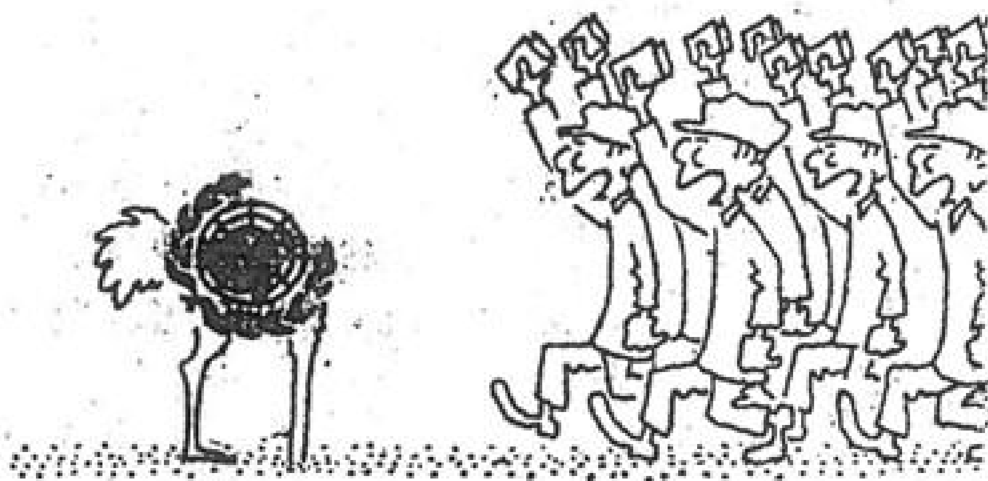
In Wirklichkeit hat es sich bei der Abstimmung über die UNO-Vertretung Chinas gar nicht um eine Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO gehandelt, und es konnte sich auch nicht darum handeln. Denn China - und nicht "Nationalchina", wie die Papageien der US-Propaganda das Marionettenregime Tschiang Kai-scheks nennen, das die amerikanischen Imperialisten 1950 auf Taiwan errichteten, als sie diese chinesische Insel während des Korea-Krieges gewaltsam besetzten - hat 1945 die UNO mitbegründet und braucht daher nicht erst in sie aufgenommen zu werden. Wenn ein Vertreter des vom chinesischen Volk verjagten faschistischen Diktators wiederrechtlich den Platz Chinas einnimmt, so ist dies lediglich den Machenschaften Washingtons zuzuschreiben, die den Buchstaben und Geist der UNO- Charta hohnsprechen.

So hat denn auch der österreichische UNO-Vertreter für die albanische Resolution gestimmt, in der ausdrücklich die Wiederherstellung der Rechte der Volksrepublik China in der UNO, einschließlich ihres Rechtes auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, sowie die sofortige Vertreibung des Tschiang-Vertreters verlangt wurde. Die "AZ" lügt - ebenso wie die "Volksstimme" und andere reaktionäre Zeitungen-, wenn sie ihren Lesern den Inhalt der Resolution, für die der österreichische Vertreter gestimmt hat, unterschlägt und die absurde Behauptung aufstellt, es hätte sich um die angebliche "Aufnahme" Chinas gehandelt.

Freilich ist zugleich die Haltung der österreichischen Regierung pure Heuchelei, wenn sie einerseits einer Resolution zustimmt, die praktisch nur eine Verfahrensfrage betrifft, für die eine einfache Mehrheit genügt (nämlich: wer das Recht hat, China zu repräsentieren, und wer nicht), anderseits aber auch der amerikanischen Resolution, in der unberechtigterweise eine Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung über den UNO-Sitz Chinas gefordert wurde.

Zwar hat dieser Verfahrensschwindel des amerikanischen Imperialismus noch einmal Erfolg gehabt, so daß China seinen rechtmäßigen UNO-Sitz noch nicht zurückerhalten hat. Jedoch zum erstenmal hat der Antrag zu Gunsten der Wiederherstellung der Rechte Volks-Chinas eine Stimmenmehrheit erhalten: 51 gegen 49 bei 25 Enthaltungen. Das wird von der öffentlichen Meinung der Welt als schwere Niederlage des US-Imperialismus und bedeutsamer Sieg des chinesischen Volkes gewertet. Die UNO-Generalversammlung quittierte dieses Abstimmungsergebnis, wie der New Yorker Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" meldet, "mit einer minutenlangen, stürmischen Beifallskundgebung, wie man sie in dieser Intensität hier noch kaum jemals erlebt hat".

Während die UNO durch die Annahme des amerikanischen Verfahrensantrags noch immer vor dem chinesischen 700-Millionen-Volk den Kopf in den Sand steckt, wie der Zeichner des Pariser "Le Monde" zeigt,



fragt bekümmert das Organ des Schweizer Finanzkapitals, "ob all dies bedeutet, daß eines Tages, in vielleicht nicht allzu ferner Zeit, Delegierte Mao Tsetungs, ihr rotes Büchlein schwingend, in den Hallen der Generalversammlung auftauchen und auf Chinas Sitz im Sicherheitsrat Platz nehmen werden."

Die nachstehende Erklärung des Genossen Mao Tsetung aus dem Jahre 1949 wollen wir dem Artikel "Chinas UNO-Sitz und die Lügenpresse" anschließen. Es wäre gut, wenn sich diese auch die Heuchler in der österreichischen Regierung und ihre Auftraggeber aus dem Monopolkapital genau durchlesen würden. Freilich wollen sie Beziehungen zu China aber gleichzeitig tanzen sie als willfährige Hampelmänner der US-Imperialisten und der Verräter in Moskau, die mit wachsendem Mißbehagen die Anerkennung Volks-Chinas durch immer mehr Staaten verfolgen. Wenn diese Herrschaften glauben, die Regierung Chinas und das chinesische Volk für dumm halten zu können, werden sie sich nur in das eigene Fleisch schneiden

Wir sind bereit, mit jeder ausländischen Regierung auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität Verhandlungen über die Herstellung von diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die ausländischen Regierungen bereit sind, ihre Beziehungen zu den chinesischen Reaktionären abzubrechen, sich nicht länger mit ihnen verschwören oder ihnen nicht mehr helfen und Volkschina gegenüber eine wahre - nicht eine heuchlerische - freundschaftliche Haltung einnehmen.

MAO TSETUNG (15.Juni 1949)

Keine Friedensgrenze mehr

Die "Frankfurter Allgemeine", ein führendes Blatt des westdeutschen Großkapitals, brachte anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags zwischen Bonn und Warschau eine Zeichnung, auf der Willy Brandt mit seiner Unterschrift die Grenze zwischen der DDR und Polen zieht. Diese Karikatur spricht Bände:

Vor zwanzig Jahren unterzeichnete der verstorbene Ministerpräsident der DDR Grotewohl mit Cyrankiewicz den Görlitzer Vertrag, in welchem feierlich konstatiert wurde, daß "die festgelegte Grenze" an der Oder und der Neiße "die Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland ist", eine "unverletzliche Grenze des Friedens und der Freundschaft". Wieso kommt nun Westdeutschland, das durch das Territorium der DDR von Polen getrennt ist, dazu, einen "Grenzvertrag" mit Polen abzuschließen? Hätte es beispielsweise das österreichische Volk gestattet, daß Bonn mit Rom einen Vertrag über die Brennergrenze abschließt? Oder was hätte die westdeutsche Regierung dazu gesagt, wenn die DDR einen derartigen Vertrag mit den westlichen Nachbarn der Bundesrepublik geschlossen hätte? Und wäre es für die Volksrepublik Polen nicht richtiger gewesen, von Westdeutschland zu verlangen, daß es seine Grenze mit der DDR in aller Form völkerrechtlich anerkennt?

Da sich Bonn bis heute weigert, die volle Souveränität der DDR über ihr Territorium anzuerkennen, hat es sich durch den Vertragsabschluß mit Polen buchstäblich über die DDR hinweggesetzt und damit die von den Völkern der DDR und Polens zwei Jahrzehnte lange hochgehaltene "Friedensgrenze" in Gefahr gebracht! Und Warschau, das bisher in Worten gegen den Alleinvertretungsanspruch Bonns aufgetreten war, hat durch diesen Akt praktisch den westdeutschen Revanchisten erlaubt, über die Grenzen der DDR mit anderen Staaten zu bestimmen! Dazu kommt, daß, wie beim Vertrag zwischen Bonn und Moskau, die Ratifizierung seitens des westdeutschen Bundestags erst nach einer "Berlin-Regelung" im Sinne Bonns und Washingtons erfolgen soll, die weitere, äußerst schwere Beeinträchtigungen der Souveränität der DDR bedeuten würde.

Kein Wunder, daß Ulbricht der als Versuch zur Überrumpelung der DDR veranstalteten Gimpfelkonferenz des Warschauer Paktes fernblieb und auch noch bei der anschließend nach Berlin einberufenen neuerlichen Gipfelkonferenz dem Druck der russischen Sozialimperialisten einigen Widerstand entgegensetzte. Geht es doch letzten Endes um das Überleben der Deutschen Demokratischen Republik, die Gefahr läuft, Stück für Stück von Moskau an Vonn verschachert zu werden!

Und gerade dieses Spiel mit der DDR ist ein Spiel mit dem Feuer, wie wir kürzlich in unserem Artikel "Wieder Vorkriegszeit!" nachgewiesen haben (s. "Der Kommunist", Nr.43).

Uns gebühren 25 Prozent

Wir bringen nachstehend eine Stellungnahme unseres Genossen Kurt SIMAK, Betriebsratsobmann der Schuhfabrik "Favorite" und Mitglied des Überwachungsausschusses der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter, zu den gegenwärtigen Lohnverhandlungen.

Es war ein schwerer Fehler der Gewerkschaftsführung, die Lohnverhandlungen nicht in der Hochsaison geführt zu haben, wo die Unternehmerschaft unter Druck gestanden wäre. Andererseits ist es als Erfolg unseres Kampfes zu werten, daß die Gewerkschaftsführung im Gegensatz zu früher jetzt die Betriebsräte während der Verhandlungen dauernd auf dem laufenden hält und ohne ihre Zustimmung keinen Abschluß tätigen kann. Dadurch können die Massen der Kollegenschaft ihre Meinung äußern und auch durchsetzen. Dies gilt vor allem für die Höhe der Forderungen.

Ich habe schon bei der Obmännerkonferenz am 26. November kritisiert, daß die Gewerkschaftsführung die Lohnforderungen viel zu niedrig angesetzt hat. Aber noch ist es Zeit, das gut zu machen. Ich möchte jetzt begründen, wie die Forderungen zu lauten haben, die auch tatsächlich durchgesetzt werden müssen.

Seit dem letzten Abschluß sind 15 Monate vergangen. In dieser Zeit sind nach amtlichen Angaben die Lebenshaltungskosten um 6 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die Produktivität im Durchschnitt um 5 Prozent gestiegen. Um diese Steigerungen abzugelten, müßten also nach dieser Berechnung die Löhne um durchschnittlich 11 Prozent erhöht werden. Das versteht sich natürlich netto. Unter Berücksichtigung der Steuerprogression müßten daher weitere 4,5 Prozent dazukommen, so daß die Bruttolohnerhöhung 15,5 Prozent ausmachen müßte. Aber bei näherer Betrachtung zeigt sich das als völlig unzureichend!

1. Die 5 Prozent Produktivitätssteigerung ergab sich bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit von 45 auf 43 Stunden! Das bedeutet, daß pro Stunde gerechnet die Produktivität in Wirklichkeit um 9,8 Prozent gestiegen ist und nicht bloß um 5 Prozent!

2. Die 6 Prozent Lohnsteigerung wegen Teuerung bezieht sich doch nur auf die Verkleinerung unseres Lohnschillings in der Vergangenheit, in den abgelaufenen 15 Monaten. Wir schließen aber jetzt ab für die Zukunft, für das kommende Jahr. Und jetzt schon kündigen die amtlichen Stellen offen an, daß sich 1971 die Lebenshaltungskosten um mindestens 5 Prozent verteuern werden! Damit also die jetzt auszuhandelnden Löhne im nächsten Jahr auch dieselbe Kaufkraft haben, muß die von den Kapitalisten vorausgesehene weitere Verteuerung um 5 Prozent ebenfalls in die Lohnerhöhung einberechnet werden.

Damit keine Verschlechterung unserer Lage eintritt, muß also gefordert werden:

1. Abgeltung für Produktivitätssteigerung	9,8 Prozent
2. Abgeltung für die Teuerung 6 + 5 =	11,0 Prozent
zusammen netto	20,8 Prozent
Mit Berücksichtigung der Steuerprogression	4,5 Prozent
Absolut notwendige Lohnerhöhung brutto	25,3 Prozent

Dazu kommt noch eines: Die Unternehmer verkaufen ihre Ware so teuer wie möglich. In Konjunkturzeiten steigern sie die Preise sogar über den Durchschnittswert der Waren mit der Begründung, daß die Nachfrage eben so groß ist. Und was ist dann mit der einzigen Ware, die der Arbeiter zu verkaufen

hat, mit der Ware Arbeitskraft? Auch die Arbeitskraft müssen wir so teuer wie möglich verkaufen, und in Zeiten der Hochkonjunktur müssen wir von Rechts wegen sogar so viel für sie bekommen, daß wir uns noch etwas ersparen können für schlechtere Zeiten, für Zeiten der Krisen, der Flaute.

Vor dem Krieg war die Schuh- und Lederindustrie bezüglich der Löhne eine der bestgestellten Branchen. Heute gehören die Schuharbeiter zu den schlechtestbezahlten Arbeiterkategorien in Österreich. Die Schuharbeiter, die mit ihren Löhnen am meisten zurückgeblieben sind, müssen daher im Kampf um die Erfüllung ihrer gerechten Lohnforderungen an der Spitze der gesamten Arbeiterschaft stehen. Wir müssen unseren Kollegen in den anderen Branchen ein Vorbild hinsichtlich der Kampfentschlossenheit und der Standhaftigkeit bei der restlosen Durchsetzung unserer Forderungen sein!

Wir müssen bereit sein, nötigenfalls die Waffe des Streiks einzusetzen, und wir haben unbedingt die Kraft, einen vollen Erfolg zu erringen!

Am 7. Dezember vertrat Genosse Simak diese Auffassung auf der Obmännerkonferenz. Die Gewerkschaftsbonzen machten sich aber faktisch den Standpunkt der Unternehmer zu eigen und setzten einen Beschluß durch, wonach lediglich eine 6-prozentige Lohnerhöhung erreicht wird. Genosse Simak, der als Mitglied der VRA konsequent die Interessen der Arbeiterschaft vertritt stimmte gegen diesen Abschluß und bezeichnete ihn als den schlechtesten seit Jahrzehnten.

Wir sind der Meinung, daß die Schuharbeiter es nicht darauf beruhen lassen sollen. Sie müssen die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen in die eigenen Hände nehmen. Was nicht durch die Gewerkschaft erreicht wurde, muß auf Betriebsebene erreicht werden. Was man am Verhandlungstisch nicht durchgesetzt hat, kann man durch Kampfaktionen erringen! Wenn die Betriebsräte versagen, müssen die Arbeiter Kampfausschüsse wählen, die ihre Sache ehrlich und standhaft verfechten!

Der Industriellenverband teilt Noten aus

Seit dem 1. März 1970 weldet sich die Vereinigung Österreichischer Industrieller mindestens einmal in der Woche - manchmal auch öfter - öffentlich zu Wort, um ihre Forderungen zu stellen (die natürlich prompt erfüllt werden). Ende November brachte ihr Organ, "Die Industrie", eine grundsätzliche Stellungnahme zur innenpolitischen Lage.

In einer Aussendung des "Pressedienstes der Industrie" heißt es über diesen Artikel, die Industriellenvereinigung wiederhole darin ihre bereits nach der Wahl abgegebene Erklärung, daß "sie ihre Unabhängigkeit nach allen Seiten hin wahren" (d.h. alle drei Parteien, auf die sie sich stützt, nach Belieben verwenden - D.Red.) werde. Sie bedaure, daß die ÖVP in der letzten Zeit "geradezu weggetreten" sei, "so daß sowohl der Bundeskanzler als auch die Freiheitlichen den zur Verfügung stehenden Manövrierraum zur Gänze ausnützen konnten". Doch sei "eine starke, in sich gesunde Volkspartei für das politische Gleichgewicht unbedingt notwendig". Man brauche "organisatorische Reformen" und vor allem "Persönlichkeiten mit Autorität", um die ÖVP "aus der Krise herauszuführen".

Wir haben bereits vor fast drei Jahren im Artikel "Österreichs großbourgeoisie ist ein Papiertiger" - "Der Kommunist" Nr.12 - die Ursachen dieser Krise, nämlich die Widersprüche innerhalb der ÖVP, eingehend analysiert und ihre weitere Vertiefung genau vorhergesagt. - D.Red.)

Abschließend heißt es in der Stellungnahme des Industriellenverbandes, die österreichische Innenpolitik habe sich nun "endgültig von der Vergangenheit gelöst und neues Terrain betreten. Das erfordere höchste Beweglichkeit auf allen Seiten." (Das bedeutet, die Industriellenvereinigung habe der ÖVP deren Monopolstellung bei der Vertretung der Interessen des Großkapitals entzogen und behalte sich alle möglichen Variationen und Kombinationen des politischen Spiels mit Ausnützung aller Systemparteien vor, um ihre Herrschaft demagogisch abzustützen.-D.Red.)

Geschäft oder Politik?

Die Miasmen, die aus dem Morast der SP-Presse aufsteigen, haben "bei manchen Sozialisten Unbehagen ausgelöst", klagte "AZ"-Chef Scheuch am 1. Dezember. Denn die einfachen SP-Mitglieder verstünden nicht, "daß Politik und Geschäft eben zweierlei sind". Wenn die "Ansichten der Sozialisten" mit Hilfe eines durch Busen und Popos attraktiv gestalteten Boulevard-Blattes an den Mann gebracht werden sollen,dann handle es sich um "Politik". Wenn die arbeitenden Menschen in Österreich eine Politik auch in solcher Verpackung ablehnen und das Blatt ein immer größeres Defizit aufweist,dann sei das eine Frage des "Geschäfts". So werden wir belehrt.

Als die BAWAG von Gewerkschaftern kritisiert wurde, weil sie die Hälfte der Anteile am "Pressehaus" an Dichand und Falk "verkaufte" (und diesen den Kaufpreis "borgte"), sagte ihr Präsident Klenner, einer der obersten bürokratischen Kapitalisten in der SP-Führung, das wäre keine gewerkschaftliche, sondern eine rein geschäftliche Frage.Und in seinem Fernsehgespräch über den "Express"-Skandal betonte Kreisky, die bei den Pressetransaktionen verschobenen BAWAG-Millionen stammten zum geringsten Teil aus Gewerkschaftsgeldern und größtenteils aus "normalen Bankgewinnen".(Wohlgemerkt: Deshalb bestehen die SP-Führer, vor allem eben derselbe Klenner, darauf, ihre Zusammenarbeit mit dem Privatkapital lieber "Wirtschaftspartnerschaft" als "Sozialpartnerschaft" zu nennen, da diese Herren ebenso wie die Mautner, Schöller & Co. zur "Wirtschaft", d.h. zum kapitalistischen Unternehmertum gehören!)

Was ist das aber schon für ein Geschäft, wenn die Inhaber der auflagenstärksten und finanziell aktivsten Zeitung in Österreich, der "Kronen-Zeitung" mit 55 Millionen Gewinn im Vorjahr,ein bankrottes Blatt, den "Express" mit einem Verlust von 27 Millionen, "erwerben"? Es können also keine "geschäftlichen", sondern eben nur politische Motive hinter den dunklen Machenschaften auf dem Wiener Zeitungsmarkt stecken.

Überhaupt ist in der kapitalistischen Welt seit vielen Jahrzehnten die Zeitung in der Regel kein profitables Unternehmen mehr. Die Zeitungen leben vielmehr entweder direkt von Subventionen (hauptsächlich Parteiblätter) oder von Inseraten großer Firmen, die ebenfalls im Grund Subventionen sind. Und "man" subventioniert eben die Zeitungen, um die Massen im Sinne der Aufrechterhaltung der bestehenden Ausbeuterordnung zu beeinflussen. Also dienen die Zeitungen vor allem der Politik und zum wenigsten dem Geschäft.

Die Massen sch...pucken aber auf die Politik der beiden Großparteien des Monopolkapitals.Deshalb der andauernde Niedergang der Parteipresse und relative Aufstieg der sogenannten "unabhängigen" Zeitungen. ÖVP und SPÖ müssen, um ihre Rolle als konkurrierende Hauptstützen des Kapitals (die dem Volk wählbare "Alternativen" vorspiegeln sollen) zu erfüllen, geeignete Propagandaorgane haben. Der ÖVP kam jahrelang die gegen den Willen der SPÖ herausgegebene "unabhängige" Presse zustatten, die erst jetzt, nachdem die sich ständig vertiefende Krise der ÖVP das Monopolkapital zu einer Änderung der Taktik veranlaßt hat, eine mehr "parteineutrale" Haltung einnimmt. Die SPÖ bemühte sich seit Anfang der sechziger Jahre um eine ebenso "unabhängig" aussehende Presse, die ihren Aufgaben dienen würde. Deshalb gründete sie durch Olah die "Kronen-Zeitung". Erst jetzt sieht man klar, daß Olah nicht auf eigene Faust handelte, sondern im Auftrag des SP-Parteivorstands, sich aber - ungeschickterweise - dabei die Finger verbrannte. Und nun macht die SP nichts anderes, als wiederum, auf anderem Wege, die "Kronen-Zeitung" für ihre "Politik" einzuspannen.

Da kommen aber ihre Konkurrenten des Weges und pfuschen ihnen ins Handwerk. Nachdem Olah "verschütt" gegangen ist, gabeln sie einen Herrn Piatnik auf,der die (offensichtlich in der Tat juridisch Olah gehörende) "Kronen-Zeitung" aufkauft,damit deren Gewinne zur Deckung des Defizits des "Volksblatts" (12 Millionen Schilling pro Jahr) und der "Presse" (15 Millionen) verwendet werden können. Durchaus logisch. Aber dem Konkurrenten - das ist wieder die SPÖ - nicht genehm. Deshalb versucht dieser, sich einen "Absetzraum" zu sichern und schiebt den Dichand und Falk den "Express" zu, wobei gleichzeitig die "Neue" als Rivale ausgeschaltet wird.

Daß ein Herr Polsterer (für den der "Kurier" keine Einkommensquelle bidlet, denn seine Millionen stammen aus den Mühlen) durch die Drohung, ein "Tagblatt" herauszugeben, die "Presse", über deren Kaufpreis er sich mit dem VP-Wirtschaftsbund bisher nicht einigen konnte, in die Hand bekommen will und daß die VP ihr Zentralorgan einstellen mußte, ist nur ein weiterer Beweis für den Ernst und die Unerbittlichkeit des Kampfes auf dem Pressemarkt, der einzig und allein dem Ziel dient, die arbeitenden Menschen Österreichs besser zu verdummen und zu betrügen.

Im goldenen Westen sind nicht nur jederzeit Hosenträger in allen nur denkbaren Modefarben sowie Teeseicherln in jeder gängigen Größe und Stückzahl, sondern auch Bettgespielinnen jeden Alters und in jeder Preislage — und von Amts wegen auf ihre Berufstauglichkeit hin untersucht — käuflich zu haben. Das ist bekannt. Weit weniger bekannt war es bis vor kurzem, daß sich gelegentlich auch westdeutsche Bundestagsabgeordnete prostituieren, d. h. sich für eine hübsche runde Summe einer anderen Partei in die Arme werfen. Man kann im freien Westen eben alles kaufen, vom Hosenträger bis zum Abgeordneten und vom Teesieb bis zum Zeitungsunternehmen.

Womit wir bei der Kronen-Zeitung sind, die in der guten alten Olah-Zeit mit Hilfe „geliehener" Gewerkschaftsgelder gegründet wurde. Allerdings ist's bei der Kronen-Zeitung derzeit ein bisserl schwierig, Käufer und Verkäufer auseinanderzuhalten, denn mindestens ein halbes Dutzend Ehrenmänner (teils wegen Betruges bereits in Haft, teils auf freiem Fuß) bezeichnet sich als Eigentümer. Und weil diese Herren mit veitstanzartiger Vehemenz gerichtliche Klagen gegen-, mit- und durcheinander nach allen Seiten schleudern — so wie vergleichsweise die Kinder im Planschbecken mit Wasser spritzen —, deshalb werden unsere vielzitierten unabhängigen Gerichte noch lange mit der ebenfalls vielzitierten unabhängigen Kronen-Zeitung beschäftigt sein.

Aber das ist nicht unsere Sorge. Daß bürgerliche Abgeordnete und bürgerliche Zeitungsleute auch einen sehr, na, sagen wir, „bürgerlichen" Charakter haben, das wissen wir ja schon. Weitaus tragischer ist es, daß sich mitunter auch halbwegs fortschrittliche Leute prostituieren, wie etwa jener junge Mann, dessen Namen wir hier jedoch rücksichtsvoll verschweigen wollen. Nennen wir ihn einfach M. Nun, M. war zwar nie Marxist-Leninist, aber er stand immerhin links, gründete eine „Sektion" für Lehrlinge und Mittelschüler und träumte von einer großen revolutionären Jugendbewegung. Leider wird es beim Träumen bleiben, denn wie man in dem von ihm herausgegebenen vervielfältigten Blatt sieht, ist M. ins literarische Sex-Geschäft eingestiegen. Um keine Mißverständnisse hervorzurufen, wollen wir es gleich vorwegnehmen: wir sind keine weltfremden Moralprediger und wir gönnen jedermann (und jederfrau) gern die Freuden des Liebeslebens. Aber M. will sich ja nicht als Sex-, sondern als politischer Aufklärer verstanden wissen. Wenn er jedoch Klassenkampf mit Pornographie verkuppelt beziehungsweise Reklame für eine hintergründige Homosexualität (!) macht, dann vergeht uns die Lust in jeder Beziehung, dann können wir nur annehmen, daß er auf Abonnenten aus entsprechend veranlagten Kreisen und damit auf ein paar Schilling Mehreinnahmen hofft.

M. verkauft sich übrigens recht billig, zu einem Schleuderpreis gewissermaßen, wenn man bedenkt, daß es bei der Kronen-Zeitung um etliche Millionen Schilling geht und daß für einen Bundestagsabgeordneten alleweil noch 400 000 DM geboten werden. Aber Zeitungen und Abgeordnete haben an der politischen Börse halt einen hohen Kurswert. Tee- und andere Seicherln dagegen kriegt man entsprechend billiger.

DEM NIXON BLEIBT NICHTS ERSPART

Nixon wollte den amerikanischen Staatsbürgern zeigen, daß es in den USA nicht nur protestierende Jugendliche gibt, nicht nur Jugendliche, die gegen den Vietnamkrieg, gegen Ausbeutung und Rassenunterdrückung demonstrieren, sondern auch "brave" Burschen und Mädel, die durch "gute Taten" bei "Armenbetreuung" usw. helfen, das Image der Herren US-Monopolisten und Imperialisten samt ihren Mister Präsident zu verbessern.

So ließ also Nixon drei solche Burschen und ein Mädel auswählen, lud sie ins Weiße Haus ein, um sie höchstpersönlich mit Medaillen auszuzeichnen - alles mit dementsprechen - der Publicity, Foto: Präsident mit braver Jugend etc. war natürlich eingeplant.

Nixon steckte also die "Plaketten" den Jugendlichen an die Brust und als die Reihe an das Mädel kam, sie hieß Sweet, also zu deutsch Süss, flötete das Mädchen anstatt Dankesworten gar nicht süß: "Herr Präsi - dent wir können an Ihre Ehrlichkeit nicht glauben, solange Sie uns nicht aus dem Vietnam-Krieg herausführen...".

Dem sonst so gesprächigen Nixon verschlug's die Rede. Seine Mannen in Indochina zum Beispiel nehmend, riß er schleunigst aus . Mit dem geplanten Foto und allem drum und dran war es natürlich Essig...

Die Revolution kann einen Weltkrieg verhindern

Was die Frage eines Weltkrieges betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere, daß die Revolution den Krieg verhindert.

Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und alle Völker müssen sich darauf vorbereiten. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution.

MAO TSETUNG

Wenn wir in den Diskussionen mit Arbeitern in den Betrieben oder sonstwo davon sprechen, daß die Stärkung unserer Organisation von entscheidender Bedeutung für das österreichische Volk ist, erleben wir oft, daß uns zur Antwort gegeben wird, es sei alles recht gut und schön, aber unsere Bemühungen hätten gegenwärtig keinen Sinn, denn die Leute wären ja mit ihrem Los zufrieden, es gehe ihnen gut usw.; wir müßten erst die Zeit abwarten,bis eine schlechtere wirtschaftliche Situation, mit Not und Arbeitslosigkeit, die Menschen zum Nachdenken zwinge; doch sei es außerdem überhaupt so, daß der Kapitalismus heute anders vorgehe, denn bei der vorhandenen Ballung der Massenvernichtungswaffen könne er sich Krisen oder gar Kriege (gemeint wird damit ein Weltkrieg) "gar nicht erlauben".

Allzuoft und sehr leicht ist aus so einer "Beweisführung" eine Entschuldigung herauszuhören, die nur das eigene Gewissen beruhigen soll. Denn: Zerlegt man mit diesen Arbeitern die Erscheinungen der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung ins Detail, so enthüllt sich deren ganze scheußliche Fratze - wie eh und je. Sprechen doch diese Arbeiter im Grunde genommen selbst die ganze Wahrheit aus, daß Kapitalismus und Imperialismus nach wie vor nur einen Beweggrund für ihr Tun haben: Herrschaftstrieb und Machtgier, das Bestreben, zur ständigen Aufrechterhaltung und Ausweitung ihrer aus der Ausbeutung der arbeitenden Menschen gewonnenen Profite die Völker in Botmäßigkeit zu halten und dementsprechend, auf Grund ihrer Wolfsnatur, den Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, letzten Endes mit Gewalt, was in der Endkonsequenz eben den Weltkrieg bedeutet.

Dazu kommt, daß sich die kapitalistischen Machthaber seit dem Hervortreten des Proletariats als selbständiger Klassenkraft und seit Beginn des Siegeszugs des von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus sowieso immer mehr veranlaßt sehen, ihre zuweilen unter den Samtpfötchen der bürgerlichen "Demokratie" verborgenen Krallen der nackten Gewalt (auf der letzten Endes ihre Klassendiktatur beruht) auszustrecken und zu bestätigen. Und seit der Gründung des ersten sozialistischen Staates - der Sowjetunion - sind sie unermüdlich am Werk gewesen, Länder, in denen die Arbeiter die Macht ergriffen haben, mit Krieg zu überziehen, um - wie sie vergeblich hoffen - den Sozialismus dort zu liquidieren und den arbeitenden Menschen in allen Ländern das Vorbild zu nehmen.

Die Spekulationen der kapitalistischen "Westmächte" gegenüber Hitler-Deutschland waren, obwohl dieses immer mehr zum gefährlichen Konkurrenten für die eigenen Profite wurde, darauf ausgerichtet,die deutschen Monopolisten zum Angriff gegen die Sowjetunion zu animieren. War doch diese mit ihrem Beispiel der Arbeitermacht und des erfolgreichen Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die ideologische Hauptgefahr für den Imperialismus und geeignet, in jedem Land die Arbeiter zur Revolution zu inspirieren. Gleichzeitig dachten sie,mit einem durch den Krieg gegen die Sowjetunion geschwächten Deutschland auf jeden Fall leichteres Spiel zu haben und es als Konkurrenten für die eigenen Profite ausschalten zu können. Was dabei herausgekommen ist,ist ja allgemein bekannt: der zweite Weltkrieg.Und 25 Jahre nach dessen Beendigung haben wir die gleiche Situation. Der Unterschied liegt darin, daß aus der Sowjetunion ein sozialimperialistisches Rußland geworden ist, in dem die Diktatur des Proletariats von Verrätern beseitigt und in eine Diktatur einer privilegierten Managerschicht verwandelt wurde. Nunmehr sind China, Albanien, Nordkorea und

Vietnam jene Länder, die sie so gerne auslöschen wollen.

Das Wesen von Kapitalismus und Imperialismus hat sich nicht geändert. Es kann sich auch gar nicht ändern, denn es unterliegt eben seiner Gesetzmäßigkeit, die objektiven Charakter trägt, d.h.unabhängig von unserem subjektiven Wollen wirkt.

In seinem glänzenden Bericht auf dem IX. Parteitag der KP Chinas hat Genosse Lin Biao die heutige Weltsituation analysiert und die vier großen Widersprüche unserer Zeit aufgezeigt, die jeder für sich zur Revolution führt, eventuell - im Falle eines Versagens der Revolutionäre - über einen neuen Weltkrieg. Es sind dies: "der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie die Widersprüche unter den imperialistischen Staaten;der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits".

- - -

Wir schließen uns auf keinen Fall der Meinung an, die in den Kreisen der - vor allem studentischen - sogenannten "Neuen Linken" weit verbreitet ist, in Wirklichkeit aber vom Klassenfeind produziert wurde, nämlich der, daß es in der Arbeiterschaft kein Klassenbewußtsein gäbe, daß sie für den revolutionären Kampf nicht mehr geeignet, sondern verloren wäre. Im Gegenteil! Wir glauben an die Kraft der Arbeiterklasse und wissen, daß nur sie die Revolution durchführen kann und wird. Wenn wir uns trotzdem mit derlei "beruhigenden" Meinungen unter Arbeitern wie den oben erwähnten auseinandersetzen, wonach "die Kapitalisten über die Gefahren eines Weltkrieges genügend Bescheid wüßten und deshalb davon Abstand nähmen", so deswegen, weil wir die Lehren der Geschichte beherzigen müssen.

Und diese Lehren beweisen: Ohne den entschiedenen Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft kommen wir unter die Räder der imperialistischen Kriegsmaschinerie. In diesem Kampf braucht die Arbeiterklasse eine richtige Führung,die nur eine Partei sein kann, die auf dem Boden des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen steht. Hat die Arbeiterklasse diese Führung, diese Leitlinien nicht, so ist ihr Kampf aussichtslos, wird er von Verrätern und Demagogen auf kapitalistische Profitinteressen umgelenkt.

Diese Erkenntnisse sind richtig. Weil Lenin sie geschöpft und angewandt hat. hat das russische Proletariat unter seiner Führung den Kampf gegen den Krieg gewonnen und die Macht errungen. Weil in den anderen Ländern, auch in Österreich, die Arbeiter den sozialdemokratischen Verrätern glaubten, weil in diesen Ländern die Avantgarde der Arbeiterklasse - die kommunistischen Parteien - nicht vorhanden war, wurden sie zurückgeführt in kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, und weil in der Folge die neuentstandenen kommunistischen Parteien entweder zu schwach oder ihren Aufgaben nicht gewachsen waren, wurden die Arbeiter in den Strudel des zweiten Weltkriegs hineingerissen.

Stalin hat die Leninsche Politik weitergeführt. Dadurch konnte die Sowjetunion aus dem zweiten Weltkrieg siegreich hervorgehen, und den Faschismus aufs Haupt schlagen, konnte es dazu kommen, daß in Ländern mit einem Drittel der Erdbevölkerung die Arbeiterklasse die Macht in ihren Händen hatte. Weil in Österreich die Sozialdemokratie ihre verhängnisvolle Rolle weiterspielen konnte, weil in der KPÖ - wie heute klar feststeht - schon 1945 die Keime der Entartung sich herausbildeten, die eine Durchführung der leninistischen Politik verhinderten, weil also die Arbeiterklasse Österreichs wieder ohne revolutionäre Vorhut dastand, kamen die werktätigen Menschen unseres Landes abermals unter die Gewalt der kapitalistischen Mühlsteine und droht ihnen nun die Hineinziehung in einen neuen imperialistischen Weltkrieg durch die kapitalistischen Machthaber und deren Lakaien in allen Parteien.

Weil wir Marxisten-Leninisten Österreichs - organisiert in der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter - die Lehren der Geschichte beherzigen, bekennen wir uns zu den Ideen Mao Tse-

tung. Sie sind heute die Leitlinie für alle werktätigen Menschen und unterdrückten Völker. Sie sind die höchste Stufe des Marxismus-Leninismus in unserer Zeit und weisen den Weg aus der Sackgasse,in die die revisionistischen Verräter in der Sowjetunion, in den anderen ehemals sozialistischen Ländern und in den Führungen der sich noch immer "kommunistisch" nennenden revisionistischen Parteien die Arbeitenden Menschen gebracht haben.

Weil wir die Lehren der Geschichte beherzigen, kämpfen wir für die Stärkung der VRA; denn durch ihr Wirken soll die Avantgarde-Partei der Arbeiterschaft Österreichs entstehen. Gerade eingedenk der Lehre Mao Tsetungs, daß die Revolution einen Weltkrieg verhindern kann, treten wir dafür ein.

Wenn wir unserer Arbeiterklasse die unermeßlichen und sinnlosen Opfer eines dritten imperialistischen Weltkrieges ersparen wollen, ist die allseitige Stärkung unserer Organisation das <u>erste Gebot!</u>

AUS DER ORGANISATION

CHINA IN WIEN

Am 27. November wurde die von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) veranstaltete Fotoausstellung "CHINA HEUTE" in unserem Heim, Wien 8., Schönborngasse 6, feierlich eröffnet. Und als wir 14 Tage später in der gut besuchten Diskussionsversammlung, mit der die Ausstellung geschlossen werden sollte, Bilanz zogen, stellte sich heraus, daß ihr über Erwarten großer Erfolg eine Verlängerung um weitere acht Tage erforderlich machte. Denn in den zwei Wochen zählten wir 480 Besucher - gar nicht wenig, wenn man berücksichtigt, daß sie nicht in einen üblichen Ausstellungssaal oder in einer belebten Straße eines Arbeiterbezirkes stattfand, sondern in einem stillen Seitengäßchen eines bürgerlichen Bezirks

und daß wir - ebenfalls wegen der sehr beschränkten Mittel, die ausschließlich aus den Spenden unserer Mitglieder und Sympathisierenden stammen (in einem Mittelbetrieb hat z.B. ein Genosse 800 Schilling gesammelt!) - keine großangelegte Werbung veranstalten konnten, sondern uns mir der Einladung unserer Genossen, Freunde und Arbeitskollegen begnügen mußten und im übrigen auf zufällige Straßenpassanten rechneten.

Allein diese Tatsache zeigt das grosse Interesse, daß trotz der von den Massenmedien betriebenen antikommunistischen und chinafeindlichen Hetze in breiten Kreisen der Bevölkerung für das sozialistische China besteht. Dazu kommt, daß die Besucherzahl in den letzten Tagen immer mehr anstieg und immer häufiger Besucher kamen, denen die Ausstellung von Bekannten, die sie schon besichtigt hatten, empfohlen wurde.Als eine komplette Mittelschulklasse kam, bat uns der Lehrer direkt, sie Ausstellung zu verlängern, damit auch andere Schulen sie besichtigen könnten.

In vielen Dutzenden Eintragungen im Besucherbuch wird betont, daß die Ausstellung "hochinteressant und lehrreich", auch "sehr schön" und "sehenswert" sei,daß sie eine "aufschlußreiche Dokumentation",ein "sorgfältig ausgewähltes Bildmaterial"biete, daß sie "tief beeindruckt" habe und "unbedingt zu empfehlen" sei. In zahlreichen Eintragungen wird dargelegt, <u>was</u> die Ausstellung dem Besucher gegeben hat und <u>warum</u> er ihre Besichtigung weiterempfiehlt. "Die Ausstellung ist ein gelungener Versuch, die Entwicklung des neuen China aufzuzeigen", lautet eine von ihnen. Oder eine andere:"Die Ausstellung brachte mir neue Aspekte in meiner Meinung über China." Ein Kärntner schreibt: "Sehr erfreulich, eine solche Ausstellung in Wien zu sehen. Gewiß wird damit zur Erklärung über das heutige China ein bedeutender Beitrag geleistet." Ein anderer Besucher kommt zum Schluß: "Eine sehr informative Ausstellung,die wert ist, von vielen fortschrittlichen Menschen gesehen zu werden."

Zwar kommt ein denkender Mensch bei einiger Überlegung selbst drauf,daß ein Land, das, wie ja allgemein bekannt ist, Wasserstoffbomben und Weltraumraketen herstellen kann, über eine bereits verzweigte und entwickelte industrielle und wissenschaftliche technische Basis verfügen muß(wenn die

auch im Vergleich zur Größe des Landes und zu den Bedürfnissen seiner 700-Millionen Bevölkerung noch ziemlich schmal ist). Dennoch hatten die Besucher nicht erwartet, daß China auf vielen Gebieten der Technik bereits Weltniveau erreicht hat.Davon zeugen: die 4,5 bis 6,7 km lange zweistöckige Straßen- bezw. Eisenbahnbrücke über den Jangtsekiang, in China selbst konstruierte Sauerstoff - Blasstahl-Konverter (ähnlich den LD-Tiegeln), modernste Computer,1o Meter hohe Anlagen für Hochfrequenz-Wärmebehandlung, komplizierteste Werkbänke für Metall- Feinbearbeitung, 125.OOOKW-Dampfturbinen mit innerer Wasserkühlung, 32t-Kipper usw. Deshalb finden wir in dem Besucherbuch eine Reihe von Eintragungen, in denen dem Erstaunen über diesen "Beweis für den Fortschritt des chinesischen Volkes", über "die großen Erfolge auf al - len Gebieten der Pruduktion" Ausdruck gegeben wird. "Das Gezeigte ist wirklich imponierend", schreibt ein Besucher, und ein anderer erklärt, er sei "überrascht über die Leistungen des chinesischen Volkes". Soger Leute, die ihre politische Gegnerschaft bekunden (und solche Meinungsäußerungen gibt es natürlich auch, wenngleich nur ganz vereinzelte), sind über den"technischen Fortschritt", die "imponierenden Leistungen" Volks-Chinas verwundert.

Und grandiose Leistungen sind in kaum zwei Jahrzehnten vollbracht worden! Vielen der jungen Genossen ist, wie sich in der lebhaften "Abschluß"diskussion zeigte, nicht zum Bewußtsein gekommen, daß China vor 21 Jahren noch ein halbfeudales und halbkoloniales Land war, wo 90 Prozent der Bevölkerung in fürchterlichsten Elend, in äußerster wirtschaftlicher und kultureller Rückständigkeit lebten. Den meisten Besuchern war das aber wohlbekannt, und sie stellten entsprechende Vergleiche an. "Die Ausstellung zeigt die gigantische Leistung eines Millionenvolkes, das Jahrhunderte in bitterster Not gelebt hat", schreibt eine Besucherin. "Die Südländer der Welt hungern, auch in den USA, die Chinesen nicht mehr", lautet eine andere, ebenso lapidare wie richtige Feststellung. "Es ist bewundernswert, welche Leistung dieses Volk vollbringt, obwohl es jahrhundertelang der Prügelknabe der imperialistischen Weltmächte war" - so eine dritte Eintragung dieser Art. Eine vierte: "Die Ausstellung zeigt das Gegenteil von dem, wie es vor 20 Jahren in China war."

Und wie ist es in so unglaublich kurzer Frist zu so einem radikalen Wandel, zu so gewaltigen Erfolgen gekommen? Ein Besucher aus Zagreb gibt darauf die Antwort auf serbo-kroatisch (nebenbei: es gibt auch englische, französische, spanische, polnische Inschriften,ja sogar eine chinesische zweier Studenten der Wiener UNI):"China zeigt die Kraft der Kommunistischen Partei und den Sieg des Sozialismus." -Sozialismus bedeutet, daß das ganze Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei bewußt und planmäßig sein Land aufbaut, das aber wiederum setzt voraus, daß sich die Partei und das Volk von wissenschaftlich begründeten Ideen leiten lassen. Und in der Tat:

Die marxistisch-leninistischen Ideen Mao Tsetungs, die das gesamte Volk in lebendiger Verbindung mit seinen praktischen Erfahrungen studiert, sich zu eigen macht und in der Praxis anwendet, sind es, die all die

---

großen Erfolge beim sozialistischen Aufbau Chinas herbeiführen.

Nehmen wir die Parole "Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft!" Der plötzliche einseitige Bruch aller Wirtschaftsverträge durch die russischen Sozialimperialisten im Jahre 1960 hat China außerordentlich schwere Schäden verursacht. Umso fruchtbarer erwies sich die Ausrichtung auf einen unabhängigen und selbständigen Entwicklungsweg. Soche die erstmals in der Welt gelungene Totalsynthese von biologisch vollwertegem kristallinischen Insulin" die Entwicklung hochwirksamer neuer Antibiotika;das erst - mals ausgearbeitete Verfahren von Operationen an 220 Kilovolt-Spannungen ohne Abschaltung des Stroms oder kostspielige Isolieranlagen; neuartige Methoden beim Hochofenbau und vieles andere, das die Fotos veranschaulichen. "Aus eigener Kraft!" ist eine zutiefst marxistische Losung (man denke an die Lehre von Marx: "Die Befreiung des Proletariats kann nur die Sache der Arbeiter selbst sein" oder an den Vers der "Internationale": "Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun; aus Not und Elend uns erlösen, das können wir nur selber tun"). Das großartige Beispiel der Produktionsbrigade Dadschai, die aus eigener Kraft felsige Abhänge und sumpfige Schluchten in Fruchtbares Ackerland verwandelt hat, wird von unzähligen Volkskommunen mit Erfolg nachgeahmt.

Oder nehmen wir die Parole: "Auf zwei Beinen gehen", d.h. sowohl große als auch mittlere und kleine Betriebe bauen, sowohl zentral gelenkte als auch lokale Industrien entwickeln, sowohl moderne als auch herkömmliche Produktionsmethoden anwenden. Dank diesem Prinzip schießen überall - bis in den kleinsten Landbezirk und in die entlegenste Gebirgugegend - Industriebetriebe aus den Boden, baut man in zehntausenden Dörfern kleine E-werke, gibt es große und kleine Kunstdüngerfabriken,grosse und kleine Hüttenwerke, haben bereits fast alle 26 Provinzen bezw. Autonome Gebiete eigene Automobilfabriken, entwickeln sich in kurzer Zeit moderen Unternehmen aus primitiven Werkstätten. Und das alles, das man hier dokumentiert sicht,ermöglicht zugleich ein ungeheures Tempo der Industrialisierung, eine ungemein rapide technische Schulung von Dutzenden von Millionen, eine weitgehende Annäherung von Stadt und Land sowie eine sowohl vom Standpunkt des Umweltschutzes und der Raumplanung als auch vom Standpunkt der Landesverteidigung überaus vorteilhafte Entwicklung.

Nehmen wir ein drittes Beispiel:den grossen strategischen Kurs Mao Tsetungs: "Vorsorge für den Kriegsfall, Vorsorge für den Fall von Naturkatastrophen, alles für das Volk". So zeigt beispielsweise ein Foto Getreidespeicher,in denen von den Kommunebauern Vorräte für den Fall einer Aggression der Imperialisten oder Sozialimperialisten angelegt werden. Dieses sowie die Fotos über die Volksmiliz veranlaßten wohl einen Besucher zu folgenden Zeilen: "Eine wirklich eindrucksvolle Leistungsschau - wahrscheinlich das einzige Land der Erde, in dem ein Krieg nicht nur die Regierung und das Militär, sondern auch das Volk bereit finden würde." Die zielbewußt und energisch, nach dem Prinzip Mao Tsetungs "Selbstvertrauen und harter Kampf", vorangetriebenen Bewässerungs- und Wasserschutz anlagen, von denen wir einige Aufnahmen sehen, haben es möglich gemacht, daß nach den schwersten Naturkatastrophen seit einem Jahrhundert,die China 1959 bis 1961 durchzumachen hatte, nunmehr jahraus, jahrein hohe Ernteerträge erzielt werden.Die durch Fotos dokumentierten Tatsachen, daß die Menschen ausreichend mit Lebensmitteln und Konsumgütern in tadelloser Qualität und großer Vielfalt versorgt werden, daß in China,wo vor dem Sieg der Revolution jährlich Millionen Menschen buchstäblich verhungerten, heute Fahrräder, Nähmaschinen, Armbanduhren und Radioempfänger zu Massenbedarfsartikeln geworden sind, daß seit 1952 die Preise stabil sind, die chinesische "Volkswährung" (Renminbi) die "härteste" Währung der Welt ist und China als vielleicht einziger Staat weder ausländische noch inländische Schulden mehr hat, beweisen, wie erfolgreich die Losung "Alles für das Volk!" in die Tat umgesetzt wird.

Nehmen wir schließlich die während der grossen proletarischen Kulturrevolution durchgeführten Ideen Mao Tsetungs von der "revolutionären Dreierverbindung" und von der Pflicht der leitenden Funktionäre, regelmäßig an der kollektiven Produktionstätigkeit teilzunehmen. Ein Foto zeigt z.B. die Zusammenarbeit von Arbeitern (die Hauptkraft der "Dreierverbindung"), Parteifunktionären und Fachleuten bei der Entwicklung neuer Maschinen oder technischer Verfahren, ein anderes zeigt ein Mitglied des Revolutionsrates einer Provinz bei der Landarbeit zusammen mit Kommunebauern.

Mit vollem Recht stellte daher eine junge Ausstellungsbesucherin fest: "Die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft zeigt auf Grund Mao Tsetungs weiser Führung grosse Erfolge." Und ein Genosse schreibt: "Die Ausstellung ist ein Beweis der praktischen

Verwirklichung des Marxismus-Leninismus. Die Lehren Mao Tsetungs sind die schärfste Waffe, um die Theorie in der Praxis anzuwenden. Einige Inschriften lauten kurz : "Lang lebe der Vorsitzende Mao!", eine andere: "Lang lebe Mao!Nieder mit den sowjetischen Revisionisten.

+++
+

In der Diskussion am 11. Dezember wurde viel darüber debattiert, ob wir genug getan haben, um die Verbindung zwischen dem chinesischen Anschauungsmaterial und unseren revolutionären Aufgaben in Österreich darzutun. Viele Besucher haben jedenfalls die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Hier einige Eintragungen: "Diese Ausstellung sollte es allen fortschrittlich denkenden Menschen zum Bewußtsein bringen, daß nur die Revolution das Proletariat befreien kann." - "Der einzige Marxismus-Leninismus, der praktiziert wird!Er soll uns allen ein Vorbild sein!" - "Alle Macht den Arbeitern der Welt! (auf englisch)" - "Es lebe die proletarische Weltrevolution!" - "Wir österreichischen Arbeiter müßten von den chinesischen lernen!" - "Das österreichische Proletariat wird siegen!" -"Die Ausstellung hat mir neuen revolutionären Auftrieb gegeben."

Es gab auch Besucher, die auf andere Weise praktische Schlußfolgerungen aus dem Gesehenen zogen. "Finde es für höchste Zeit, die Volksrepublik China durch Österreich diplomatisch anzuerkennen", schreibt einer; und ein anderer stellt fest: "Das kleine Österreich ignoriert das große China , welch eine Lächerlichkeit!Man sieht hier die 'Freiheit' in der österreichischen Außenpolitik, die nur mit Zustimmung Amerikas gemacht werden darf." Ein Wiener Bezirksrat tritt "für die Anerkennung der VR China in der UNO" ein.

Abschließend wäre noch zu sagen, daß einige Besucher lobende Worte für die gute und geschmackvolle Gestaltung der Ausstellung durch die VRA fanden und uns weitere Erfolge wünschten. In der Diskussion wurde die selbstlose Hingabe jener Genossen hervorgehoben, die wochenlang nach ihrer schweren Arbeit im Betrieb die Ausgestaltung unseres Heims, die Herrichtung der Tafeln und Ständer, die Montage der Exponate sowie alle anderen technischen Arbeiten durchführten. Diese Genossen halten sich aber an die Lehre des Genossen Mao Tsetung: "Schultere selbst die Last, den Ruhm überlasse den anderen." Sie sehen in dem großen Erfolg der Ausstellung einen Ansporn für die weitere Stärkung der VRA, damit sie ihre Aufgabe noch besser erfüllen kann.

Wir möchten hier einer an der Redaktion geübten Kritik Raum geben: Der Artikel "Die Knechtschaft in der wir leben" war das Ergebnis einer Diskussion in einer unserer Gruppen. Die Kritik stammt von dem Genossen, der das Ergebnis dieser Diskussion in dem erwähnten Artikel zusammengefaßt hat. Wir glauben, daß durch die Tatsache der kollektiven Arbeit, der Artikel an Wert noch gewinnt.



Mit ihrem Wirtschaftsgeld kommen die Hausfrauen den Preisen selbst auf Rollschuhen nicht nach.

Gewerkschaftsboss Benya will alles daransetzen, daß 1971 die Preise nicht mehr als um 5 Prozent steigen. Das ist eine "sanfte" Vorbereitung eines neuen enormen Anschlags auf die Taschen der Arbeiter.

Dagegen hilft nur entschiedener Kampf, auch gegen den Willen der Verräter in der Führung der Gewerkschaft. Jedes Prozent Preiserhöhung muß durch Lohnerhöhung abgegolten werden.

Polen ...

Die Gegner der Arbeiterschaft jubeln. In der Reihe der Länder des "Sozialismus", die von schweren Rebellionen der arbeitenden Menschen gegen die Staatsführung erzittern, ist diesmal Polen dran. Der Widerstand gegen die Ausbeutung, der hier von den Arbeitern geleistet wird, ist der willkommene Anlaß für die Bourgeoisie, der Arbeiterklasse die "Demokratie" österreichischer Prägung schmackhaft zu machen.

Was könnte es für die Ausbeuter und Unterdrücker in den kapitalistischen Ländern auch Besseres geben, um eine Arbeiterschaft, die in zunehmenden Maße unzufrieden wird und nach einen Ausweg aus ihrer Misere sucht, vom richtigen Weg abzuhalten, als solche Ereignisse, wie sie sich nun schon periodisch in den Ländern der ehemaligen Volksdemokratie abspielen.

Um sich aus Ausbeutung, Unterdrückung, Unfreiheit, ständiger Kriegsgefahr, aus Not und Elend zu befreien, muß sich die Arbeiterklasse die Macht erkämpfen. Ist aber eine "Arbeitermacht" wie sie jetzt in Polen, der CSSR, Ungarn, der Sowjetunion praktiziert wird, ein erstrebenswertes Ziel? Auf keinen Fall, sagen sich die österreichischen Arbeiter, und sie haben Recht damit. Denn es kann nicht das Wesen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sein, wenn sogar noch nach 25 Jahren "Macht der Arbeiterklasse" eine enorme Belastung gerade der werktätigen Massen durch Preiserhöhungen bei ihren täglichen Bedürfnissen, der Ausweg aus einer latenten Krise sein soll. Es kann es nicht sein, ist es auch nicht.

Tatsache ist, daß es schon längst keine Arbeitermacht mehr gibt in Polen; genausowenig, wie in Ungarn, der CSSR, der DDR, der Sowjetunion etc. Die Macht in diesen Ländern befindet sich in den Händen einer Schicht von bürokratischen Bonzen, die sich von den Kapitalisten des Westens nur dadurch unterscheiden, daß ihre Besitz- und Machtansprüche nicht in Form von Aktienpaketen festgelegt sind, sondern in Funktionen in Partei und Staat. Was nun in Polen zur Rebellion geführt hat , ist das Gleiche, was auch im "goldenen Westen" von den Machthabern praktiziert wird: nackte Ausbeutungspolitik.

Was die kapitalistischen Meinungsmacher so gerne gegen den Sozialismus ausnützen wollen, spricht aber gerade für ihn. Daß gerade in den Ländern wie Polen - die fälschlich noch als sozialistisch bezeichnet werden - sich die Arbeiterklasse mit soviel Mut und Heroismus in den Kampf wirft, beweist, daß die Arbeiter den Wert ihrer Macht erkannt haben und sie sich daher dagegen auflehnen, daß sie ihnen wieder gestohlen wurde. Das ist wichtig zu erkennen.

+++
+

Zum Zeitpunkt der Ereignisse in Polen war bereits Redaktionsschluß. Daher wird eine genaue politische Analyse darüber in unserer Jänner-Nummer erscheinen. Auf jeden Fall erklären wir uns solidarisch mit den polnischen Arbeitern. Kämpfem wir hier berechtigt gegen Preiserhöhungen, warum soll so ein Kampf dann in Polen nicht gerechtfertigt sein. Was wir aber allen Lesern empfehlen, ist das genaue Studium unseres Berichts über die Ausstellung "China heute". In China besteht heute echte Volksmacht. Glänzend dokumentiert das chinesische Volk wie sie auszuüben ist. Die große proletarische Kulturrevolution hat in China die konterrevolutionären Elemente - die zur Tragik der internationalen Arbeiterbewegung eben in Polen, der Sowjetunion etc. die Macht an sich gerissen haben - hinweggefegt. Gestützt auf die Ideen Mao Tsetungs und danach handelnd, beweist das chinesische Volk und die Kommunistische Partei Chinas den Werktätigen der ganzen Erde, daß es für sie eine lichte Zukunft gibt. Volksmacht - Sozialismus - Kommunismus! Mögen die Meinungsmacher der Kapitalisten noch so sehr dagegen hetzen.

> Welche Versuche auch immer die Reaktionäre unternehmen mögen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, es wird dennoch früher oder später die Revolution ausbrechen, die dann unvermeidlich den Sieg davontragen wird.
>
> Mao Tsetung

Das Jahr 1971 wird an die gesamte werktätige Bevölkerung Österreichs harte Anforderungen stellen. Die herrschende Klasse verstärkt ihre Angriffe von Tag zu Tag. Für die Interessen des werktätigen Volkes eintretend, werden wir noch mehr Aufgaben vorfinden und zu bewältigen haben.
In diesem Kampf wünschen wir unseren Genossen den besten Erfolg

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Rev tionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereini Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner S Nr. 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwor Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.
P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort